helfen in den sauren Apfel der wirtschaftlichen und politischen Dawesierung — sieher Bourgeois bleiben unter Dollars Vormäßigkeit als vom eigenen Proletariat ausgetilgt zu werden! Das hatten die Stresemänner begriffen. Der Verlauf der Dinge warf noch einige Strudel auf, als im Parlament im August der Dawesfahn über einige alte ideologische Riffe der „Nationalen" rutschte, aber der Rutsch gelang. Und wird besiegelt und bekräftigt durch „Garantiepakt" und „Völkerbund gegen Sowjetrußland". Zum Teufel mit dem teuren deutschen Vaterland, wenns doch den verfluchten Proleten gehören soll! Es lebe der Profit. Diese „Ideologie" steckt hinter der Dawes-wirtschaft und Dawespolitik aller bürgerlichen Parteien — einschließlich der SPD. — und steckt hinter „Garantiepakt" und „Eintritt in den Völkerbund". Die deutsche Bourgeoisie verdattert und „desillusioniert", wählte endgültig zwischen „Vaterland" und Profit: sie wählte den Profit. Sie stellte ihre Ausbeuterklasseninteressen über die Interessen des Volkes und des Landes!

Soweit sind die Dinge in Frankreich aber noch nicht. Dort geht die Entwicklung zeitlich ziemlich weit — um etwa zwei Jahre — hinter der in Deutschland her.

Darum konnte Herriot nicht oder nicht rasch genug einschwenken, als der Dollar ihm durch Chamberlain in Genf kommandieren ließ: Einschwenken! Garantiepakt! Eintritt Deutschlands in den Völkerbund! Darum machte er monatelang Flauten; denn ein Eingehen auf diese „amerikanische" Politik macht den Zusammenbruch der französischen Kontinentalhegemonie, der schon Tatsache ist, vor allen Augen, auch vor denen des politisch ganz ignoranten Kleinbürgers, in Frankreich offenkundig.

Immerhin bewirkte Herriots Kontramarsch in der Frage des Garantiepaktes mit allem Drum und Dran, daß der amerikanische Imperialismus sehr ungeduldig wurde. Coolidge erklärte, Frankreich erhält keine Rüstungsanleihe mehr, und der Franken sank; und Coolidge fügte bei, Winston sein „junger Mann" komme nächstens nach Europa, um „Schulden einzutreiben." Frankreich müßte seine Schulden bezahlen — und der Franken stürzte. Und wenn der Mantel fällt, muß der Herzog nach: auch Herriot stürzte.

Es ist begreiflich, daß Loucheur, einer der „Macher" dieses Sturzes, nicht Herriots Finanzminister werden wollte. Kläglich war es, daß der „Linke" Herriot noch, um sich zu halten, dem Vatikan Konzessionen machte — das war vielleicht sogar das Kläglichste bei der ganzen Affäre.

Die „verworrene und schwere Lage" kann natürlich weder durch ein „Linkes" noch durch ein „Ministerium der Mitte" entwirrt und geklärt werden. Wir werden vermutlich wie jetzt seit dem letzten Herbst in Preußen und im Reich das französische Parlament eine Zeitlang als Sprungschanze sehen, von der aus ein Kabinett nach dem anderen sich in herrlichen Bogen hinausschwingt — zum Purzeln.

Bis die Labilität der „Linken" und des „Zentrums" abgelöst wird durch die inzwischen erstehende Stabilität der reaktionären Rechten, die wie die deutsche Bourgeoisie, auf die Politik Amerikas gegen Kompensationen eingeht und die wirtschaftliche und politische „Dawesierung" Frankreichs abschließt.

Das große Heil der SPD.

Die „Leipziger Volkszeitung" vom 11. April schreibt in ihrem Leitartikel:

„Durch die Aufstellung **Hindenburgs** als Präsidentschaftskandidaten des Rechtsblocks ist eine **vollkommen neue politische Situation** geschaffen. Eine größere politische Torheit als die Kandidatur Hindenburg hätten die Rechtsparteien von ihrem Standpunkt aus wirklich nicht begehen können. Die meisten sozialdemokratischen Wähler, die direkt oder indirekt Wahlenthaltung am 26. April üben wollen, werden nun zur Urne schreiten, um die Wahl eines Mannes zu verhindern, der mit seiner altpreußischen Kadettenbildung und seinem ausgeprägten Militärgeist die personifizierte politische Unfähigkeit ist."

Jeder Mensch merkt es der „A.Z." wie der gesamten SPD.-Presse an, wie **begeistert** sie von der Aufstellung Hindenburgs ist, weil sie dadurch die Abwanderung der Arbeiterstimmen von Marx zu Thälmann zu verhindern hofft. Denn bei der Wahl zwischen einem revolutionären, kirchenfeindlichen, freigewerkschaftlichen Arbeiter, der der KPD. angehört, und einem Zentrumsmann, der ein Vorkämpfer der gelben Gewerkschaftsbewegung, ein Zertrümmerer des Achtstundentages, ein Freund der Militärdiktatur und Monarchie ist, entscheidet sich die „linke" SPD.-Führung jederzeit für den Zentrumsmann.

Mit der Parole vom „kleineren Uebel" sollen die Arbeiter in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche getrieben werden, obwohl Kirche und Heer von jeher die beiden festesten Säulen der Reaktion waren. Und ihre Vertreter sind Marx und Hindenburg.

Jeder sozialdemokratische Wähler sollte sich jedoch die Frage vorlegen:

Wieso lassen die Rechtsparteien Jarres fallen und stellen Hindenburg als Kandidaten auf?

Gerade die Aufstellung des Zentrumsmannes Marx als Kandidat der SPD., der sozialdemokratische Verzicht auf eine eigene Kandidatur hat den Rechtsparteien derartig den Kamm schwellen lassen, daß sie es wagen, Hindenburg aufzustellen. Hindenburg ist kein Gegensatz zu Marx, umgekehrt. **Die Aufstellung von Marx wir die Vorbedingung, um einen Hindenburg dem deutschen Volke präsentieren zu können.**

Einem Proletariat, das es nicht einmal wagt, einen eigenen, wenn auch reformistischen Kandidaten aufzustellen, einem Proletariat, das sich von der Partei der schwärzesten Reaktion den Kandidaten leiht, wird der Rechtsblock das nächstemal nicht nur einen Hindenburg, sondern sogar einen deutschen Kaiser präsentieren.

Die Aufstellung Hindenburgs war gerade vom Gesichtspunkt der Rechtsparteien alles eher als eine Eselei, denn erstens bedeutet es die **offene Sammlung der gesamten bürgerlichen Reaktion um die Fahne der Monarchie,** zweitens treibt es die unaufgeklärten, rückständigen Arbeitermassen in eine angebliche „Republikanerfront" unter Marx, um die einzige wahre antimonarchistische Front zu verhindern, die rote Klassenfront der Arbeiterschaft.

•

Der Kampf in der Metallindustrie

Der „Vorwärts" fordert unter dem Druck der Arbeiter Ablehnung des Schiedsspruchs.

Auf der Funktionärkonferenz der Metallarbeiter kam es zu äußerst scharfen Auseinandersetzungen über den Schiedsspruch in der Metallindustrie. Die Verbandsleitung empfahl den Spruch zur Annahme. Die Entscheidung sollte aber durch eine Urabstimmung gefällt werden.

Die Mehrzahl der Funktionäre forderte entschiedene Ablehnung. Die Metallarbeiter dürften **unter keinen Umständen den Achtstundentag opfern.**

Die Abstimmung findet heute statt.

Unter dem Druck der Stimmung der Metallarbeiter wagt es der „Vorwärts" nicht, die Annahme des Schiedsspruchs zu empfehlen.

Faschistische Einbrecher

Das „Berliner Tageblatt" meldet:

Weimar, 16. April.

„Ein **politischer Diebstahl** wurde in der Nacht zum 15. April in Erfurt **verübt, indem aus dem Polizeipräsidium eine Anzahl Akten über politische Organisationen gestohlen** wurde. Als Täter wurden inzwischen die beiden **Angehörigen des Wikinger-Bundes,** Bankgehilfe **Bartholome** und Handlungsgehilfe **Laodin** aus Erfurt, ermittelt. Obgleich bei der Haussuchung bei Laodin eine Anzahl **Waffen und militärische Ausrüstungsstücke vorgefunden wurden,** wurden nach der Meldung eines deutschnationalen Blattes die beiden Verhafteten vom Untersuchungsrichter alsbald nach ihrer Einlieferung und Vernehmung wieder **auf freien Fuß gesetzt.** Dieses Verhalten des Untersuchungsrichters **scheint** im Hinblick **auf den politischen Hintergrund des Verbrechens und den Waffenfund recht merkwürdig,** und es sei die Frage gestattet, ob wohl ebenso verfahren worden wäre, wenn es sich **um Angehörige einer anderen politischen Richtung gehandelt hätte!"**

Hätte es sich um Kommunisten gehandelt, würde man die Verhafteten monatelang festhalten. Die Klassenjustiz ist aber eine Verbündete der Faschisten.

Präsidentschaftskandidat Thälmann an die proletarischen Freidenker

Schon beim ersten Wahlgang war es eine Unmöglichkeit für die proletarischen Freidenker, den Kandidaten der Sozialdemokratie zu wählen, derjenigen Partei also, die in den Ländern wie im Reich mit der pfäffischen Reaktion durch Dick und Dünn geht.

Im zweiten Wahlgang hat die Sozialdemokratie offen enthüllt, daß sie nicht daran denkt, irgendwie für die Freidenkerforderungen einzutreten, die sie — manchmal noch — in Versammlungen laut anpreist, um diejenigen zu fangen, die weniger auf die Taten als aufs Maul sehen.

Schon vor dem 29. März hat die Gemeinschaft proletarischer Freidenker an den Kandidaten der Arbeiter einen Brief gerichtet, der jetzt erst beantwortet werden konnte.

Die Reichszentrale der Freidenker, gezeichnet Wolf, bat den Genossen Thälmann um seine persönliche Stellungnahme zu ihren Forderungen, die besagen:

Gleichberechtigung aller Staatsbürger und Vereinigungen ohne Rücksicht auf Glaubensbekenntnisse; Anwendung des Vereinsrechts auf Kirche und Religionsgenossenschaften; strenge Trennung von Staat und Kirche; konfessionsloser Unterricht; Religionsunterricht darf nur privat erteilt werden; Demokratisierung des gesamten Schulwesens; Schulgeldfreiheit und Lehrmittelfreiheit für alle Lernenden; großzügigste Förderung der Neigungen und Fähigkeiten eines jeden Kindes; Besteuerung der Vermögen der Kirchen und Religionsgemeinschaften nach dem gleichen Grundsatz wie jedes andere Vermögen; Aufhebung jeder staatlichen Unterstützung für Religionsgemeinschaften; Beseitigung des konfessionellen Charakters der Friedhöfe und des Eides.

Genosse Thälmann antwortete darauf mit folgendem Brief:

Berlin, den 11. April 1925.

An die

Gemeinschaft proletarischer Freidenker

Leipzig.

Werte Genossen!

Ihr Schreiben vom 18. März ist mir, da ich auf Agitationsreisen unterwegs war, leider mit großer Verspätung in die Hände gekommen. So komme ich erst heute dazu, Ihnen zu erklären, daß ich

mit den 14 Forderungen, die Sie für eine antikirchliche Kulturpolitik aufstellen, voll übereinstimme,

da sie auch im Sinne unseres Parteiprogramms liegen. Die Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien im deutschen Volke nur zwei ausgesprochene Reaktionäre wie Hindenburg und Marx zur Auswahl für das Amt des Reichspräsidenten stellen, zeigt deutlich die auch von Ihnen erkannte Entwicklung der deutschen Republik in der Richtung der kulturellen Reaktion. Sie stellen mit Recht fest, daß

nicht einmal die Bestimmungen der Weimarer Verfassung, die die Trennung von Kirche und Staat verlangen,

durchgeführt sind. Es geht mit diesen Verfassungsbestimmungen genau so wie mit allen anderen, die den besitzenden Klassen, die Deutschland beherrschen, unbequem sind. Sie bleiben auf dem Papier. Wenn wir den Tatsachen unvoreingenommen ins Auge sehen, so müssen wir feststellen, daß Ihre Aufforderung, „nur solche Kandidaten für den Posten des höchsten Vollzugsbeamten der Republik zu wählen, die in ihrer kulturpolitischen Auffassung die Gewähr bieten, daß sie mit allem Einfluß einer weiteren Rückwärtsentwicklung des kulturellen Lebens entgegentreten" und für die von Ihnen aufgezählten Forderungen eintreten, bei diesen Wahlen nicht zu erfüllen ist. Denn es sind, wie oben gesagt, von den bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokratie nur zwei ausgesprochene Reaktionäre aufgestellt worden. Hierin kommt aber nur zum Ausdruck, daß ein erfolgreicher Kampf gegen die kulturelle Reaktion für die

Befreiung des Staates und der Schule vom Einfluß der Kirche

ohne eine radikale Umwälzung dieses Staates, ohne die Brechung des Einflusses aller bürgerlichen Parteien nicht möglich ist. Die Kommunistische Partei hat meine Kandidatur nicht zu dem Zwecke aufgestellt, um durch die Wahl meiner Person im Rahmen des bestehenden bürgerlichen Staates irgend welche Reformen, wie z. B. die von Ihnen genannten, durchzusetzen, sondern um dem Volke eindringlich zu zeigen, daß es nicht darauf ankommt, wer in dieser Republik an die Spitze kommt, sondern darauf, **daß diese Republik von Grund auf umgestaltet werden muß, wenn sie nicht weiter ein Werkzeug der Reaktion gegen die Arbeiterklasse und gegen jeden Fortschritt, auch auf kulturellem Gebiete, bleiben soll.** Wir sind überzeugt, daß Sie als proletarische Freidenker verstehen werden, daß es

für einen bewußten Proletarier nicht nur unmöglich ist, bei den Präsidentenwahlen für einen bürgerlichen Reaktionär zu stimmen,

sondern daß der Kampf gegen die bürgerliche Reaktion, in welcher Gestalt sie auch auftreten mag, mit allen Mitteln geführt werden muß und daß auch die

Abstimmung für einen proletarischen Kandidaten ein Mittel in diesem Kampfe

ist. Gewiß wird sich kein denkender Proletarier einreden lassen, daß man den Teufel mit Beelzebub austreiben kann, daß man die Reaktion bekämpft, wenn man für den Kandidaten der Pfaffenpartei, für den Vorkämpfer der konfessionellen Schule, für Wilhelm Marx stimmt. Mögen die Genossen der proletarischen Freidenkerorganisation aus den letzten Vorgängen, aus der Allianz zwischen SPD. und Zentrum lernen, daß der kulturelle Kampf gegen die Reaktion nur als Klassenkampf gegen die Bourgeoisie geführt werden kann und daß eine Partei, die den Klassenkampf zugunsten der Koalitionspolitik aufgibt, auch den Kampf für die geistige Freiheit verraten muß.

Mit proletarischem Gruß!

Ernst Thälmann.

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Der ADGB., ADB. und die Afa, die reformistischen Führer eurer gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, fordern von euch in einem Aufruf, am 26. April eure Stimme für den Präsidentschaftskandidaten der Zentrumspartei abzugeben. Schamlos genug, wagen es die reformistischen Führer der Spitzenorganisationen, die von den Arbeitern geschaffenen Gewerkschaftsorganisationen, die angeblich parteipolitisch neutral sind, offen zur Wahlmaschine der SPD., der Zentrumspartei und der Demokraten zu stempeln. Die Millionen Stimmen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter sollen dem schwarz-rot-goldenen Block, dem Bürgertum ausgeliefert werden. Ein neuer ungeheurer Klassenverrat wird damit an den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern begangen. Mit der Phrase, die Republik vor der Monarchie zu retten, die Vorherrschaft der wirtschaftlichen und politischen Reaktionäre zu verhindern, will man die Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten dem Zentrumspfaffen und Vertrauensmann der rheinischen Schwerindustrie in die Arme treiben.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Könnt ihr es als Mitglieder der freien Gewerkschaften, könnt ihr es mit eurem Klasseninteresse vereinbaren, dem Mann eure Stimme zu geben, der verantwortlich ist

für die Herabsetzung der Beamtengehälter,
für die Einführung des 9-Stunden-Tages für die Beamten im Dezember 1923,
für die Verkürzung des Urlaubes der Beamten um 7 Tage, die im Januar 1924 durch das Kabinett Marx beschlossen wurde,
für den Beamtenabbau, der Tausende und Zehntausende von Beamten und Arbeitern auf die Straße warf.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Wollt ihr diesem Klassenverrat eurer Spitzenorganisationen folgen und den Mann wählen, der verantwortlich ist

für die im Februar 1924 beschlossene Mietzinssteuer,
für die Herabsetzung der Löhne in der Privatindustrie, dessen Arbeitsministerium die Schlichter anwies, keinen Schiedsspruch mit höheren Löhnen für verbindlich zu erklären,
für die Ablehnung der Erhöhung der Eisenbahnerlöhne.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Wollt ihr auf Kommando der reformistischen Gewerkschaftsführer diesem ausgesprochenen Klassenfeind eure Stimme geben, **der den Deutschen Tag in Halle und alle monarchistischen Kundgebungen schützte** und die **revolutionären Arbeiter über den Haufen schießen ließ.**

Wollt ihr eure Stimme abgeben **für den Räuber des Achtstundentages?**

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Gewerkschaftler!

Könnt ihr den Vertrauensmann der Schwerindustrie wählen, **der den Ruhrindustriellen 700 Millionen in den Rachen warf.**

Kein Arbeiter, Angestellter und Beamter, kein ehrlicher Gewerkschaftler darf eine solche klassenfeindliche Handlung begehen.

Keine Stimme diesem Manne, der vom 30. November 1923 bis zum 16. Januar 1925 als Ministerpräsident bewiesen hat, daß er der beste Interessenvertreter der Schwerindustrie ist.

Marx bietet keine Rettung vor der Monarchie.

Marx ist ebensowenig Republikaner wie Hindenburg.

In seiner Rede in Königsberg vom 14. April sagt Marx wörtlich:

Unserm Hindenburg Dank und Verehrung.

Beide, Marx und Hindenburg, sind die besten Vertreter der Diktatur der Schwerindustrie, der Konzern- und Bankkönige, der Junker und der Militaristen, einig in dem Ziel, die kapitalistische Ordnung in Dawes-Deutschland durch brutale Ausbeutung der Arbeiterklasse aufrecht zu erhalten, bereit, jede revolutionäre Regung des Proletariats im Blute zu ersticken.

Kein organisierter und klassenbewußter Arbeiter darf dieser Parole der mit der Bourgeoisie verippten reformistischen Führerschaft folgen. Jeder ehrliche Arbeiter wird es ablehnen, diesen Verrat an seiner Klasse mitzumachen, und wird am 26. April den Reformisten quittieren mit der Abgabe seiner Stimme für den einzigen Arbeiterkandidaten

Ernst Thälmann!

Ein neues Attentat in Bulgarien

Sofia, 16. April. Bei der Begräbnisfeier des vorgestern ermordeten Abgeordneten der Regierungspartei Kolin explodierte in der Kathedrale Nedilia eine Höllenmaschine. Zahlreiche Tote und Verwundete sind zu beklagen. Alle anwesenden Minister blieben unverletzt. Die Ordnung wurde in keiner Weise gestört.

Belgrad, 17. April. (Funkd. d. Tel.) Nach den hier vorliegenden Meldungen über das Attentat in Sofia befinden sich unter den Verwundeten auch Ministerpräsident Zankow, Außenminister Tassoff, Minister Poposchewski und Minister Vikow. Insgesamt beträgt die Zahl der Toten 22. Etwa doppelt soviel Personen sind verwundet. In das Krankenhaus wurden mehrere Personen gebracht, an deren Aufkommen gezweifelt wird. Der Mordanschlag hat in Sofia ungeheure Panik ausgelöst. Ministerpräsident Zankow und der Minister des Innern trafen sofort persönlich die notwendigen Verfügungen. Es wurde die ganze Sofioter Garnison alarmiert und die Rue de Vitoca, in der sich die Kathedrale befindet, militärisch abgesperrt. Sanitätssoldaten und Aerzte nahmen sich der Verwundeten an. Die Toten wurden aus der Kirche herausgeholt und in Särgen nebeneinander gelegt. Der Polizeipräsident verfügte sofort die militärische Besetzung sämtlicher Hauptstraßen. Der Konak wurde von einem militärischen Kordon umgeben. Man nahm erst allgemein an, daß das Attentat nur der Auftakt zu einer planmäßig vorbereiteten Kommunistenaktion sei. Die Annahme bestätigte sich jedoch nicht.

Painlevé Ministerpräsident in Frankreich

Painlevé hat das Ministerium in Frankreich gebildet.

Herriot ist nach Lyon gereist, um seinen Posten als Bürgermeister wieder einzunehmen.

Außenminister ist Briand. Die Minister des Weltkrieges kehren also auch in Frankreich zurück.